K·I·VUG

DAS MAGAZIN DER KONSEQUENTEN INTERESSENVERTRETUNG
10/2018

THEMEN IM DEZEMBER

Märchen Nulldefizit

Kommt die Altersteilzeit?

Parksheriff als Feindbild

FINANZPLAN FÜR 2019/2020

Das Märchen vom Nulldefizit

Kstudio / Freepik

Sparen um jeden Preis?

Die Stadt Wien peilt für das Jahr 2020 ein Nulldefizit an, im kommenden Jahr soll der Schuldenstand allerdings nochmals um 188 Mio. steigen. Damit erhöht sich der Gesamtschuldenstand der Stadt Wien auf 6,9 Milliarden Euro, was einer pro Kopf Verschuldung von 3863 Euro entspricht. Wien liegt damit im Bundesländervergleich im Mittelfeld. Diesen Budgetvoranschlag hat der zuständige Finanzstadtrat Peter Hanke präsentiert und verweist auch gleich darauf, dass er aus früheren Jahren bei der Wien Holding dafür bekannt ist, seine Budgets einzuhalten.

Verantwortlich für den verringerten Schuldenstand sind allerdings in erster Linie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sprich gutes Wirtschaftswachstum von derzeit 2,8 Prozent, mit einhergehend fallenden Arbeitslosenzahlen. Ersteres führt zu höheren Steuereinnahmen (Kommunalsteuer), letzteres zu geringeren Sozialausgaben. Gemeinsam mit der Modernisierung der Strukturen und dem Einsatz neuer Technologien, von denen man sich mehr Effizienz, besseres Service und Spareffekte erwartet, wäre alles andere auch verwunderlich.

Diskutiert und debattiert wurde über den Voranschlag 2019 im Finanzausschuss des Wiener Gemeinderates in gemeinsamer Sitzung mit dem Stadtsenat am 13. November 2018. Die Debatte und Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgte am 26. und 27. November 2018 im Wiener Gemeinderat.

Wofür gibt die Stadt nun also ihr Geld aus? Den weitaus größten Brocken frisst die Gesundheit. Auffällig ist hier der eklatante Sprung von zuletzt 2,17 Mrd. auf 4,32 Mrd. Euro. Das ergibt sich durch die noch zu beschließende neue Struktur des städtischen Spitalsbetreibers Krankenanstaltenverbund als Anstalt öffentlichen Rechts, die 2019 schlagend wird. Dadurch wird das KAV-Budget nicht mehr extra ausgewiesen, sondern schlägt im Zentralbudget der Stadt auf, erklärte Hanke.

In den Sektor Soziales – dazu zählt auch die Mindestsicherung – fließen rund 2,1 Mrd. Euro (plus 8,91 Prozent). Investitionen will Wien im Umfang von 2,6 Mrd. Euro (plus 7,7 Prozent) tätigen – knapp ein Drittel erhalten allein die Wiener Stadtwerke. Weiteres Geld wird hier etwa zwecks Trinkwasserversorgung oder für Wirtschaftsförderung

ausgegeben. Den Bildungsbereich lässt sich das Rathaus 1,75 Mrd. Euro (plus 8,25 Prozent) kosten. „Wir bauen 2019 mehr als 100 neue Schulklassen", nannte der Stadtrat als Beispiel. Die Kinderbetreuung schlägt mit 865,44 Mio. Euro (plus 2,21 Prozent) zu Buche.

Schulklassen und Kindergartengruppen zu schaffen, klingt jetzt auf den ersten Blick schön. Ohne die entsprechende Personalausstattung wird das aber nichts bringen.

Kindergartengruppen schaffen klingt auf den ersten Blick schön

Gerade in der Kinderbetreuung ist es so, dass bereits jetzt die Gruppengrößen derart angewachsen sind, dass von Betreuung nicht mehr gesprochen werden kann, was eine Personalabwanderung in den privaten Bereich bzw. andere Bundesländer, die bessere Rahmenbedingungen als die Stadt Wien bieten, zur Folge hat. Hier ist Wien also auch gefordert, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass man als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird.

Digitalisierung kann auf der einen Seite natürlich zu Einsparungen führen, weil man Standardprozesse, die keiner besonderen Kundenbetreuung bedürfen, automatisieren kann.

Auf der anderen Seite stehen aber die Kosten für die Digitalisierung, Lizenzgebühren für die Software, die entsprechende Ausstattung der Dienststellen mit dem technischen Equipment und letztendlich die Wartung der EDV. Insgesamt muss das also nicht unbedingt zu Einsparungen führen, da z.B. (billige) Routinearbeiten automatisiert werden, dafür aber wesentlich teureres, qualifiziertes Personal für die digitalen Arbeitsplätze erforderlich ist. Über die Datensicherheit wollen wir an dieser Stelle gar nicht reden. Grundsätzlich geht es offensichtlich darum, KundInnenkontakte so weit als möglich zu reduzieren und durch automatisierte Lösungen zu ersetzen. Ob dies, wie im Interview in Wien Heute vom 30.10.18 verlautet, tatsächlich zu einer Erhöhung der Servicequalität führen wird, bleibt abzuwarten.

Darüber hinaus wäre es Aufgabe der Gemeinde Wien, unter einer sozialdemokratischen Stadtregierung für einen sozialen Ausgleich zu sorgen, um Benachteiligungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, die digitalen Technologien gegenüber noch nicht affin sind, hintanzuhalten. So wird durch die forcierte Digitalisierung ein nicht unbeträchtlicher Teil der Menschen von Angeboten einfach ausgeschlossen bzw. ist ein Teil der Kosten, die sich die Stadt Wien erspart, durch den einzelnen Bürger zu tragen, wie wir das ja schon aus dem Bankenbereich (Stichwort: Onlinebanking) oder auch in Supermärkten kennen, wo Kassenpersonal durch Selbstbedienungskassen eingespart wird und der Kunde diese Arbeit unbezahlt erledigt. Denn die Beschaffungskosten von Smartphones oder Notebooks oder die anfallenden Providerkosten für den Internetzugang trägt der einzelne Bürger und nicht die Stadt Wien. Nicht zu reden von den vielen Stunden unbezahlter Schulungen, in denen die meist jüngere Generation den Älteren die Nutzung dieser Technologien näherbringt.

Digitalisierung = Big Brother?

Als Bürger verfestigt sich der Eindruck, dass Digitalisierung vordergründig dazu dient, eine bessere Dokumentation aller Prozesse und Interaktionen zwecks Absicherung des Dienstgebers zu erreichen und die Dienstnehmer in Big Brother Manier zu überwachen. Die Zeit, die für Dokumentation benötigt wird, fehlt dann im direkten Kundenkontakt. Bsp: Pflegepersonal in Spitälern, Betreuung in Kindergärten. **Willkommen in der schönen neuen Arbeitswelt!**

Dooder / Freepik

TICK TACK TICK TACK TICK TACK

Die Altersteilzeit kommt, kommt nicht oder aber doch?

Altersteilzeit bedeutet gesundes und stressfreies Gleiten in die Pension bei wertschätzender Wissensübergabe an die nächste MitarbeiterInnengeneration. Im Regierungsübereinkommen schafft die Stadt Wien die Möglichkeit für die Einführung der Altersteilzeit, bleibt die Frage: Was ist jetzt? Wo ist die Altersteilzeit für uns Gemeindebedienstete? (aus dem KIV Magazin Oktober 2017)

Was bisher alles schon geschehen ist:

Im Jahr 2014 bei der 2. Landeskonferenz stellt die KIV/UG den Antrag auf Einführung der Altersteilzeit und dieser Antrag wird überfraktionell einstimmig angenommen.
Im rot-grünen Regierungsprogramm wurde Ende 2015 die Einführung der Altersteilzeit mit dem Satz „Die Möglichkeit zur Altersteilzeit wird geschaffen" angekündigt. (Seite 44, Regierungsübereinkommen 2015)

Die unabhängigen GewerkschafterInnen der KIV/UG ließen nicht locker und setzten verschiedene Initiativen. So wurde zum Beispiel eine Petition ins Leben gerufen, eine Enquete organisiert und Anträge in unterschiedlichen Kollegialorganen gestellt bzw. unterstützt.

Wo ist sie jetzt, die Altersteilzeit, die wir schon so lange fordern und viele schon dringend brauchen?

Irgendwie hatten wir uns schon darauf eingestellt, dass – wie schon so oft erlebt – kurz vor den nächsten Personalvertretungswahlen ein Ergebnis aus dem Hut gezaubert wird. Nicht ohne die dazugehörigen Jubelmeldungen der Mehrheitsfraktion à la „Für euch erreicht" und „ Wir sind stetig für euch tätig". Wäre uns auch egal, Hauptsache die Altersteilzeit ist bald da.

Gerüchteweise haben wir vernommen, dass im ganz kleinen Kreis „verhandelt" wird. Dass die Stadt Wien wenig bis kein Geld hat, ist ja kein Gerücht mehr. Renate Brauner als Finanzstadträtin und Sonja Wehsely mit ihrem Erfolgsprojekt Krankenhaus Nord haben die finanziellen Spielräume eingeengt. Angeblich sind die budgetären Zwänge so groß, dass die kommende Altersteilzeit so ganz anders ausschauen könnte, als sich das die MitarbeiterInnen wünschen. Wenn doch noch was daraus werden sollte, können wir uns auf ein „tolles" Arbeitszeitpaket einstellen, wo sicher alles ganz flexibel und modern wird. Was läge näher, als beispielsweise Überstunden, die ich als Arbeitgeberin nicht zahlen kann oder will, auf ein „Zeitkonto" zu buchen damit dem Wunsch der Bediensteten nach mehr Zeitautonomie nachzukommen.

Da könnte man ja als neoliberale Dienstgeberin beispielsweise auf die Idee kommen, Personen die im Winterdienst massiv Überstunden leisten mussten, im darauffolgenden Sommer ein bisschen Zeitausgleich nehmen zu lassen. Am besten dann noch mit einem größeren Durchrechnungszeitraum, damit sich die Dienstgeberin ganz modern und flexibel die Überstundenzuschläge erspart.

Zeitsparkonten, ob kurz- oder langfristig angelegt, zahlen niemandes Miete oder die Kreditrate für die Wohnung. Aber lassen wir uns überraschen, was uns die Stadtregierung so alles servieren wird.

DER PARKSHERIFF ALS FEINDBILD

Freepik

Seit August 2018 steht die MA 67 sooft in den Tageszeitungen, dass man es gar nicht mehr zählen kann. Die krassen Fehler einiger weniger Straßenaufsichtsorgane haben mittlerweile alle anderen mehrfach büßen müssen. Aus anfangs zwei Entlassungen wurden mittlerweile 17 und weit über 100 Niederschriften und Einvernahmen bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft und der MA 67.

Die wenig qualitätsvolle Berichterstattung und die Kommentare in den Onlineforen zeichnen ein gar nicht schmeichelhaftes Bild über unsere KollegInnen. Alle werden über einen Kamm geschert und Amtsmissbrauch als allgegenwärtiges Sittenbild dargestellt. Der Parksheriff bietet natürlich eine wunderbare Projektionsfläche für allen möglichen Ärger, den man als AutofahrerIn irgendwann erlebt hat.

Hat sich schon jemand überlegt, was im Straßenverkehr los wäre, wenn es nicht die ordnende und natürlich auch strafende Hand einer Aufsichtsinstitution gäbe?

Jede/Jeder der dort Tätigen musste sich im Dienst schon anpöbeln, anspucken und beschimpfen lassen. Viele wurden auch schon tätlich angegangen. Es ist höchst an der Zeit, sich bei all jenen zu bedanken, die sich den Job als Parksheriff antun.

Die Pressemeldungen haben vor allem zu einem geführt: Verunsicherung unter den AußendienstmitarbeiterInnen der Parkraumüberwachung: Was darf ich stornieren, wen darf ich stornieren, wie ist der §50 (5a) VStG (Organstrafverfügung) auszulegen und anzuwenden?

Etwas Licht ins Dunkel hat hier die von der younion organisierte Infoveranstaltung am 7. November in der younion-Hall gebracht, wo Norbert Pelzer, Manfred Obermüller, Mag. Thomas Mödlagl und Mag. Michael Rovina allen Interessierten zwei Stunden lang Rede und Antwort standen.

Klar ist: Selbstbedienungsladen ist die MA 67 keiner, Freistornokontingente für Parksheriffs gibt es nicht. Wer das Vertrauen des Dienstgebers missbraucht, ist seinen Job schnell wieder los. Schwarze Schafe duldet die MA 67 hier nicht. Das ist auch gut so. Zum Schutz all jener MitarbeiterInnen, die ihre Kontrolltätigkeit, oftmals unter widrigsten Umständen, korrekt versehen. Mit der neuen Stornorichtlinie – Stornos maximal innerhalb von 30 Minuten, ausschließlich vor Ort und unter nachvollziehbaren Umständen – sollte das Problem allerdings gelöst sein.

Konsequente Interessenvertretung ÖGB – younion_Die Daseinsgewerkschaft, BetriebsrätInnen, Personalvertretung, Behindertenvertrauenspersonen.
Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon (01) 4000 838 67, Fax (01) 4000 838 77

Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel wurden vom Redaktionsteam unter der Leitung von Martina Petzl-Bastecky erstellt. Layout und Gestaltung Mag. Lucia Schwarz, BA.

HILF UNS KOSTEN SPAREN:
Abonniere das KIV-Magazin jetzt elektronisch unter kiv@kiv.at oder über unsere Homepage. :o)

www.kiv.at www.facebook.com/KIV.UG twitter.com/KIV_UG @kiv_ug

Liebe/r BriefträgerIn: Bei Unzustellbarkeit Retouren bitte an Postfach 100, 1350 Wien. Danke.

IMPRESSUM
Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: ÖGB/ younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Maria Theresienstraße 11, 1090 Wien.
Redaktion, Vertrieb: KIV – Konsequente Interessenvertretung, Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon: (+43 1) 4000/ 838 67, Fax: (+43 1) 4000/ 838 77, kiv@kiv.at; www.kiv.at
KIV-Magazin 10/2018 • Erscheinungsort Wien • P.b.b. 02Z031874 (KIV-Magazin) • ÖGB-Verlag, Johann Böhm Platz 1, 1020 Wien • Retouren an PF 100 1350 Wien
Kd-Nr.: 0021000056 • ZVR-Nummer: 576439352